

Unterschied nach den Preisen der Kriegsgtreidegesellschaft mindestens noch 100 M pro Tonne. Es erscheint deshalb notwendig, daß der Mehlpriß der Kriegsgtreidegesellschaft oder der jehigen Reichsgtreidegesellschaft mindestens noch um 40 M pro Tonne ermäßigt wird. Den Kommunen wäre vorzuschreiben, daß auf diesen Mehlpriß höchstens 10 M pro Tonne für ihre Unterkosten aufgeschlagen werden dürfen. (Es sind uns Fälle bekannt, in denen 50 M berechnet worden sind.) Zu dem vorgeschlagenen Satz könnten höchstens noch die Fuhrspesen ab Lager bis zum Hause des Verbrauchers in Rechnung gebracht werden. Auf diese Weise wäre es möglich, eine Mehlprißermäßigung von 40—45 M zu erreichen, wodurch eine Brotprißermäßigung von 6—7 Pf. pro Kilo möglich wäre. Weiterhin erscheint es notwendig, die Kommunen und Selbstbewirtschaftungsverbände zu verpflichten, Höchstpreise für Brot festzusetzen. Diese Höchstpreise müßten sich für Brotgebäck aus Roggenschrot (Schwarzbrot) in der Höhe des Schrotpreises und bei den anderen Brotarten höchstens 10 Prozent über den Mehlpriß stellen. Heute kostet das Brotgebäck an vielen Stellen 25 Pf. und mehr pro Pfund, ein Preis, der gegenüber den Getreidepreisen als ungerechtfertigt hoch bezeichnet werden muß. Bei Kleingebäck bis zu 100 Gramm ist gegenüber dem Mehlpriß eine Steigerung um 50 Prozent als angemessen anzusehen.

Kartoffeln.

Nächst dem Brot sind das wichtigste Nahrungsmittel für die breite Masse die Kartoffeln. Es erscheint notwendig, daß diejenigen Mengen, die für die menschliche Ernährung gebraucht werden, von Reichs wegen beschlagnahmt und enteignet und zu der im Frieden herkömmlichen Einkellerrungszeit im Herbst zur Verfügung gestellt werden. Des weiteren müssen unverzüglich Höchstpreise festgelegt werden. Wir halten Höchstpreise von 2—2,50 M auf Seiten der Produzenten für ausreichend. Für den Großhandel müßte ein Aufschlag von 20 Pf. bei Waggonladungen und 50 Pf. bei Lieferung von einzelnen Zentnern vollständig genügen, für den Kleinhandel bei pfundweiser Abgabe ein Aufschlag von 100 Pf., so daß im Kleinhandel für 3,25 M bis höchstens 3,75 M Kartoffeln zu haben wären. Kauf von einem Zentner und mehr muß als Großhandel gelten. Diese Regelung erscheint insbesondere für den Norden Deutschlands, wo die Kartoffel für die menschliche Ernährung eine sehr große Rolle spielt, möglich. In einzelnen Bezirken des Südens werden allerdings kleinere Abweichungen sich als notwendig herausstellen.

Eine weitere Ermäßigung der Kartoffelpreise für die unteren Einkommensklassen ist dadurch herbeizuführen, daß die beschlagnahmten und enteigneten Kartoffeln den Kommunen überwiesen und von diesen unter Umgehung des Großhandels direkt zentnerweise an die Konsumenten und zum pfundweisen Verkauf dem Kleinhandel abgegeben würden.

Mahlprodukte.

Im Haushalt der kleineren Leute waren ferner neben Brot und Kartoffeln die sog. Mühlenprodukte, z. B. Haferflocken, Gerstenflocken, Gerstengraupen usw., von jener von außerordentlicher Wichtigkeit. Insbesondere trifft das zu auf kinderreiche Familien, vor allem zur Suppenbereitung zwecks Ersparnis von Brot. Nun sind aber augenblicklich die Preise dieser Produkte ungeheuerlich hoch. Während Haferflocken lose in Säcken vor dem Kriege 30—33 M kosteten, wird heute ein Preis von 100 M und mehr gefordert. Dieselbe Regierung haben Gerstenflocken zu verzeichnen. Gerstengraupen kosteten vor dem Kriege durchschnittlich 28 M, wogegen heute ein Preis von 75—85 M gefordert wird. Es müßte hier ebenfalls auf Grund der Höchstpreise, die für Hafer und Gerste bestehen, eingehalten werden. Wir halten z. B. für Haferflocken einen Fabrikationszuschlag von 8 M für hinreichend, so daß der Höchstpreis hierfür auf 40 M pro Doppelzentner festzusetzen wäre.

Derselbe Fabrikationszuschlag läme für Gerstenflocken in Betracht. Für Gerstengraupen würde ein Fabrikationszuschlag von 6—8 M pro 100 Kilo ausreichend sein. Hierzu läme für den Großhandel ein fünfprozentiger und für den Kleinhandel ein fünfzehnprozentiger Aufschlag, so daß einschließlich der Frachtkosten im Kleinhandel das Pfund Gerstengraupen zu einem Preis von 25 Pf. abgegeben werden könnte. Voraussetzung für diese Berechnung wäre jedoch, daß die Höchstpreise für Gerste nicht nur auf den beschlagnahmten Teil der Gerstenernte Bezug hätte, sondern auf die Gesamternte ausgedehnt würde. Dadurch würde auch erreicht, daß der Malzklasse, das gebräuchlichste Ernährungsmittel für Bohnenklasse, billiger würde. Augenblicklich beträgt der Kleinhandelspreis für Malzklasse 55 Pf. pro Pfund, während er vor dem Kriege auf 25—30 Pf. pro Pfund im Preise stand. Bei einem

Preis von 300 M pro Tonne Gerste würde man unbedingt mit einem Kleinhandelspreis für 40 Pf. auskommen.

Teigwaren.

Bei dem anerkannten Mangel an eisweißhaltigen Nährstoffen, insbesondere Fleisch, muß dem Haushalt der ärmeren Bevölkerung weitgehender Gebrauch von Teigwaren ermöglicht werden. Augenblicklich jedoch beträgt der Preis im Kleinhandel 70 Pf. und mehr pro Pfund. Damit ist eine ausgiebige Verwendung für breite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung ausgeschlossen. Bei einem Mehlpriß von 30—35 M stellt sich der Fabrikationspreis von Rübeln auf höchstens 50—55 M pro 100 Kilo, auf welchen Satz der Großhandelspreis festgesetzt werden könnte. Der Kleinhandelspreis könnte dementsprechend 35 Pf. pro Pfund betragen.

Hülsenfrüchte.

Deutsche gelbe Erbsen werden augenblicklich wieder zu dem unerhört hohen Preis von 105—110 M pro Doppelzentner angeboten und gehandelt. In Friedenszeiten ist dieser Preis 26—30 M gewesen. Bei Jubiläum selbst eines Kriegsgewinnes halten wir einen Preis von 40 M für außerordentlich hoch. Wir beantragen für den Produzenten höchstens 45 M, für den Großhandel einen fünfsprozentigen Aufschlag festzusetzen. Im Kleinhandel könnten dann gelbe Erbsen mit 32 bis 35 Pf. pro Pfund verkauft werden.

Sicherung der Milchversorgung.

Da schon jetzt über Milchnappheit Klage geführt wird und eine weitere Steigerung dieser Knappheit droht, ist auch eine Sicherstellung des Milchbedarfs erforderlich. Die sowieso beschränkte Milchmenge wird noch verringert durch die allenhalben zu beobachtende Zunahme der Verarbeitung zu Butter. Je mehr der Butterpreis steigt, desto größer wird der Anreiz zur Verbutterung. Dadurch wird der Milchvorrat gefährdet. Es erscheint demgemäß dringend geboten, diesen der Volksgesundheit zuwiderlaufenden Tendenzen entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke beantragen wir:

1. Festsetzung eines Höchstpreises für Butter. Ein Satz von 1,50 M pro Pfund erscheint angemessen.
2. Verbot der Darreichung von Butter zu Brotbelag in Hotels und Restaurants. (Erhält Marmelade, Honig u. dgl.)
3. Verbot der Verwendung von Milch und Butter zum Backen und zur Sahnebereitung.
4. Eine Anweisung seitens der Reichsregierung an die einzelnen Bezirke bzw. Konsumgebiete betreffend Festlegung von Höchstpreisen erscheint angezeigt.

Unsere Vorlegungen beschränken sich auf die notwendigsten Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung. Bei den Preisvorschlägen sind die durch den Krieg begründeten erhöhten Gestehungskosten bereits berücksichtigt. Umso mehr dürfen wir uns der Erwartung hingehen, diese wohlgegründeten Vorschläge berücksichtigt zu sehen.

Ergebnis.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
A. Stegerwald.

Reichsverband deutscher Konsumvereine
Peter Schlack.

Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands
Pfarrer D. Weber.

Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands
Direktor Dr. O. Müller.

Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschland
Verbandsvorstander K. Walterbach.

Soziale Rundschau.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Streiken der Arbeit. Infolge der Verhandlungen am 21. Juli d. J. im Reichsamt des Innern, die der Erörterung von Maßnahmen für die durch das Herstellungsverbot für Baumwollstoffe freiwerdenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen galten, ist nach einer Bekanntmachung des Reichsanzellers vom 12. August nun eine Verordnung des Bundesrats erlassen, nach der gewerbliche Betriebe, in denen Seipenste aus Baumwolle, Wolle, Kunstwolle, Flachs, Jute oder Hanf hergestellt werden, nur an höchstens fünf Tagen in der Woche Arbeiter beschäftigen dürfen. Die Arbeitszeit darf zehn Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten. Die Landeszentralbehörden, die Ausnahmen von diesen Bestimmungen zulassen können, haben die Ermächtigung, die Arbeitszeit noch weiter einzuschränken.

Arbeiterinneninteressen teilnahmen. Unser Gewerbeverein wurde durch Fr. Behm, Fr. Gratus und Fr. v. Bonin vertreten (Fr. Wolff war vom Ständigen Ausschuss delegiert). Alle Anwesenden waren darüber einig, daß es richtig und die gegebene Zeit sei, wieder das Interesse der Regierung und der Öffentlichkeit für die Wünsche der Heimarbeitenden wachzurufen. Sind doch diese Wünsche gerade jetzt brennend, weil ohne ein Eingreifen der Regierung der Heimarbeiterschaft unabsehbare Schaden durch das Vereinstromen der Kriegerwitwen, der Kriegsinvaliden und ihrer weiblichen Angehörigen entstehen könnte. Gerade diese Schar von Menschen, die nicht von ihrer Arbeit leben müssen, sondern nur einen Hubertienst zu ihrer Rente suchen, sind die gefährlichsten Unterbieter, wenn nicht dem Lohnrad ein Siegel vorgeschnitten wird. Trotzdem einigten sich die Anwesenden darauf, vorläufig ihre Forderungen auf die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes zu beschränken. Ein ausreichender Schutz der Heimarbeiter ist nur durch die Vergabeung der Fachauschüsse mit der Befugnis, rechtsverbindliche Löhne festzulegen, zu erreichen; aber schon die Durchführung der §§ 3 und 4, der Aushang von Lohnlisten an gut sichtbarer Stelle und das Aushändigen von Lohnbüchern für alle Zweige der Hausarbeit, würde einen gewissen Lohnschutz bedeuten. Es ist doch kaum anzunehmen, daß eine Heimarbeiterin sich anbietet, ein Dutzend Hemden für 4,- M. dafür zu machen, wenn sie auf der Lohnliste steht, daß es 4,80 M. dafür gibt. Außerdem schützen die Lohnbücher vor der ewigen Klage: „Wenn ich gewußt hätte, daß es nur soviel gibt, hätte ich die Arbeit nie angefangen.“ Wichtiger als diese beiden Punkte ist die Errichtung von Fachauschüssen, die, wenn sie richtig arbeiten, den tatsächlich verdienten Arbeitslohn feststellen, die Angemessenheit des Verdientes begutachten, Veranstaltungen zu Wohlfahrtseinrichtungen für die Heimarbeiterschaft treffen und den Abschluß von Tarifverträgen fördern, viel dazu beitragen können, die Lage der Heimarbeiter zu verbessern. Aber damit sie gut arbeiten können, müssen allerdings die Bundesratsbestimmungen wesentlich geändert werden. Schon im Juli 1914 hat der Gewerbeverein Stellung zu diesen Bestimmungen in einem Flugblatt, das der „Heimarbeiterin“ beigelegt war, genommen. Einmütig stellte sich jetzt die Konferenz auf den Boden, die versprochene weiterzige Auslegung der Verordnung, Vertretung der Heimarbeiterschaft durch ihre Sekretäre, zu fordern. Eine wahre Parität, wie der Gesetzgeber sie willt, ist nicht zu erwarten, wenn auf der einen Seite der fluge Unternehmer oder sein Bevollmächtigter sitzt, auf der anderen die abhängige Werkstatt oder Heimarbeiterin, die meist nicht gelernt hat, ihre Gedanken auszudrücken und sicher verschüchtert dem Arbeitgeber gegenüber ist. Gleichheit ist erst dann zu erwarten, wenn sich unabhängige, mit der Lage des Gewerbes und der Heimarbeiterschaft vertraute Menschen beraten, also für die Heimarbeiter durch ihr Vertrauen gewählten Sekretäre.

Als zweiter Punkt wurden die Heimarbeitslöhne bei heidischen Vieerungen beraten. Schon jetzt erfüllen eine ganze Reihe von Bekleidungsämtern teilweise die Wünsche der Heimarbeiter: Ausgabe der Arbeit an gemeinnützige Vereine und Organisationen der Heimarbeiter, Sicherung der Stücklöhne (auch von Tellarbeiten) durch Verträge, in denen auch das Aushängen von Lohnlisten und das Führen von Lohnbüchern zu fordern ist, die gleichmäßige Beschäftigung der Arbeiterschaft durch langfristige Termine für die Aufträge. Trotz guter Löhne, wie sie die Militärbehörden großenteils zahlen, haben die Heimarbeiter in dieser Kriegszeit oft schwer gelitten, da sie nicht wußten, was sie zu fordern hatten, und die Arbeit oft erst aus dritter, viertter Hand zu wirtschaftlichen Hungerslönen bekommen. Wenn die großen Arbeitgeber, Staat und Gemeinden, bei ihren Aufträgen für einen ausreichenden Lohnschutz der Heimarbeiter sorgen, so muß, wie die Begründung zu unserer Eingabe sagt, schon dadurch einer gedeihlichen Entwicklung Bahn geschaffen werden.

Als letzter Punkt stand die Bekämpfung von schwindelhaften Angeboten „lohnender Heimarbeit“ auf der Tagesordnung. Sammlung von Material und eine starke Agitation in der Öffentlichkeit wurden als wirksamste Mittel vorgeschlagen.

Fr. Dr. Gaebel wurde mit der Fassung der Eingaben betraut, die dann einer sechsgliedrigen Kommission, in die auch Fr. Behm gewählt wurde, vorgelegt werden sollten.

Mittlerweile sind die Eingaben an die zuständigen Stellen abgegangen und werden hoffentlich unsere berechtigten Wünsche ihrer Erfüllung näher bringen, zum dauernden Segen für Deutschlands Heimarbeiterschaft und damit für die Zukunft unseres Volkes überhaupt.

Margarete Wolff.

Aus anderen Verbänden.

Die deutsche Arbeiterbewegung während des Krieges und ihre Aufgaben nach Beendigung desselben schilderte jüngst in einer Versammlung des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften München und Umgebung Generalsekretär Stegerwald (Köln). Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Ortskartells, Magistratsrat Kaechage, der besonders auch der im einjährigen Ringen gefallenen Mitglieder gedachte, legte der Redner die Zusammenhänge dar, die dahin geführt haben, daß die Lohnarbeiterschaft in Deutschland vor dem Kriege sich nicht den Einfluß auf allen Gebieten erarbeiten konnte, der ihr zugekommen wäre entsprechend der Bedeutung, die sie im Volks- und Staatsganzen darstellt. Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung wurde vor dem Kriege vielfach falsch beurteilt; man sah darin nur die „Streikvereine“ zur Erzielung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen. Die Kulturarbeit, die dabei geleistet wurde, wurde übersehen. Der Krieg hat auch der Gewerkschaftsbewegung, wie überhaupt der Arbeiterfrage, eine richtige Einschätzung gebracht. Man erkannte und anerkannte in maßgebenden Kreisen die wertvolle Arbeit, die hier zum Besten des Ganzen geschaffen worden ist, wie die Disziplinierung der Massen, man lernte vor allem auch die sozialpolitische Schulung der breiten Massen schätzen, lauter Dinge, die zur erfolgreichen Kriegsführung so viel beigetragen haben. Während die Überspannung des internationalen Arbeitergedankens, wie er vor dem Kriege von der Sozialdemokratie gepredigt wurde, zusammengebrochen ist, haben die Grundsätze, die die christlich-nationalen Arbeiterschaft vertreten haben, sich im Kriege als bewährt erwiesen, so daß auf ihnen auch nach dem Kriege weitergebaut werden kann. Vor allem muß dabei der Grundsatz zur Geltung kommen, daß gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen. So muß für die Lohnarbeiterklasse die gleiche gesetzliche Vertretung geschaffen werden, wie sie in Deutschland alle anderen Interessengruppen haben. Notwendig ist auch eine rechtliche Sicherstellung der Gewerkschaften, die heute in der Luft hängen, sowie der geistige Ausbau des gewerblichen Einigungswesens. Wichtige Aufgaben nach dem Kriege, an denen die Arbeiterschaft mitarbeiten muß, ergeben sich auf steuerpolitischem Gebiete, auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, um ein gesundes Geschlecht in Deutschland heranziehen zu können, auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung usw. Mit einer berechten Mahnung an die „Dahmegebliebenen“, den Gedanken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch im weiteren Verlauf des Krieges hochzuhalten und die Organisation den Kämpfern brauchen unverfehrt zu erhalten, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der Vorsitzende unterstrich noch in seinem Schlussschluß die Mahnung.

Verband Evangelischer Arbeitertumvereine Deutschlands. Der mit acht Vereinen und etwa 800 Mitgliedern ins Leben gerufene Verband zählte nach dem nunmehr zum Verstand gekommenen Jahresbericht am 1. Januar d. J. 45 Vereine mit 4800 Mitgliedern. Der Verband ist dem Gesamtverband evangelischer Arbeitertumvereine Deutschlands angeschlossen, und arbeiten so beide Verbände an dem hohen Ziele der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Durch den Anschluß an die Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin sind die Wünsche der Mitglieder nach einer Sterbe- und Aussteuerkasse in Erfüllung gegangen. An die gegebenden Körperchaften trat der Verband bisher mit zwei Eingaben heran. Er forderte bei der in Aussicht genommenen Errichtung von Arbeitskammern die Herauslösung der Altersgrenze und unterbreite bei der Neuordnung der Reichsgewerbeordnung dem Reichstag die Wünsche seiner Mitglieder, besonders nachdrücklich auf den notwendig zu vermehrenden Schutz für Mutter und Kind hinweisend.

Mietseitigungstätigkeit der „Frauenhilfe“. Aus Königsberg i. Pr. wird berichtet, daß die dortigen Vereine der Frauenhilfe freiwillig die Funktionen der Mietseitigungskämter ausüben, indem die Helferinnen in den ihnen zugewiesenen Straßen die Mietstreitigkeiten zwischen Vermietern und Mieter zu schlichten suchen. Es heißt im Berichte: „Um schwierigsten war es immer, die Leute zur Zahlung wenigstens eines Teiles der Miete zu überreden, und es mußte viel zwischen Mieter und Vermieter unterhandelt werden.“ — Da es sich hier vorwiegend um Kriegerfrauen handelt, deren Fürsorge der Königsberger Stadtverband der Frauenhilfe übernommen hat, so erzieht man daraus, wie weit verbreitet die Anschauung ist, daß Kriegerfrauen keine Miete zu zahlen brauchten. Das es aber in den meisten Fällen doch gelang, die Streitgeführten auszulämmen und eine friedliche Einigung herzustellen, zeigt auch, welchen großen Augen die Frauenhilfe auf diesem so schwierigen sozialen Gebiete auszuüben vermag.

geführt; nur als Zusatz zu demselben wird noch etwas Kakao verkauft. Ganz neu wurde der Verkauf von Pflanzenbutter und Obstmarmelade aufgenommen, letztere zunächst in 5-Pfund-Eimern und später auch in ausgewogenen Einzelpfunden. Beides fand reißenden Absatz; wir hätten weit mehr verkaufen können, wenn uns von den Fabriken noch hätte geliefert werden können. Im Herbst wollen wir unseren Versuch von diesem Frühling wiederholen, ihn aber bedeutend erweitern auf ausdrücklichen Wunsch sämtlicher Mitglieder. Ebenso ausgezeichnet hat sich der Verkauf von Pflanzenbutter, die wir in regelmäßigen Wochenlieferungen erhalten, eingeführt. Von Oktober bis Ende Juni sind allein davon ungefähr 6000 Pfund verkauft. Nur in den heißen Tagen ist dieser Verkauf erschwert; doch können wir mit Hilfe von Eis die Butter in leidlich festem Zustand erhalten. Die Preise stellen sich zuletzt wie folgt:

Kaffee	1 kg = 1,52 M	
Kakao	1 kg = 2,40 M	früher 1,00 M
Schokolademehl	1 kg = 1,00 M	
Pflanzenbutter	1 kg = 1,10 M	(Anfangspreis im September 70)
Pflaumenmus	5 kg (Eimer) = 1,40 M	(jetzt ausverkauft)
Dreifruithmarmelade	5 kg (Eimer) = 2,20 M	" "
Pflaumenmarmelade (ausgewogen)	1 kg = 0,40 M	

Nun soll noch hinzukommen Schmierseife und Künsthonig; für beides liegen günstige Angebote vor. Der Vertrieb dieser Lebensmittel wurde anfänglich nur von der Sekretärin und in den Monatsversammlungen der Gruppen vollzogen. Später übernahm die Vorsitzende der entlegenen Westgruppe für ihre Mitglieder den Verkauf in ihrer Wohnung. Die Mitglieder können dort an allen Tagen und zu jeder Zeit ihren Bedarf decken, da jederzeit, wie es in einem Arzthaushalte ja nötig ist, jemand anwesend ist. Dank dieser großen Ersichtlichkeit wird dort der Verkauf außerordentlich in Anspruch genommen. Im Sekretariat (Johannisplatz 8, II) hat sich der Umsatz von Lebensmitteln für die Gruppen Leipzig-Mitte und Leipzig-Nord auch derartig gesteigert, daß eine Verkäuferin gegen Gehalt ange stellt werden mußte. Sie kommt täglich vor- und nachmittags einige Stunden (außer Sonnabends), erlebt neben dem Verkauf noch mancherlei christliche Hilfsarbeit und kann bei Abwesenheit der Sekretärin Bestellungen für diese in Empfang nehmen. Sehr angenehm ist es, daß das Sekretariat mit dieser Verkaufsstelle sich in einer Wohnung mit der Arbeitsausgabestelle (Betriebswerkstatt) befindet, so daß die Mitglieder an den Diensttagen mit einem Wege alles erledigen können. Für die Zwenkauer Gruppe beforgt eine Vertrauensfrau den Vertrieb; sie erhält die Lebensmittel durch eine Botenfrau, die sowieso regelmäßig zwischen Leipzig und Zwenkau verkehrt. Die Lebensmittel werden zu ermäßigten Engrospreisen eingekauft und mit einem geringen Aufschlag an die Mitglieder weitergegeben. Dieser geringe Aufschlag summiert sich aber durch den bedeutenden Umsatz derart, daß das Gehalt der Verkäuferin davon bestritten werden kann und sich die Auslagen an Post- und Frachtkosten usw., die aus den Verkaufsverhandlungen entstehen, decken lassen. Sollten andere Gruppen den Wunsch haben, Ahnliches einzurichten, so wollen wir ihnen gern direkte nähere Auskunft geben. Ihnen auch unsere erprobten Firmen, die sich auf ganz Deutschland verteilen, nennen. Andererseits wären wir wiederum dankbar, berichteten Gruppen über gleiche Einrichtungen. Durch Austausch ließe sich gegenseitig gewiß manches lernen.

Über unsere Versammlungen nur wenige Worte: sie sind in der Kriegszeit noch weit mehr als sonst schon, d. h. immer sehr stark besucht und sind ein Zeichen für den großen Wert jenen Zusammenschlusses in Zeiten der Not. Die Ernährungsfrage während des Krieges wurde des öfteren eingehend behandelt und auch im besonderen noch auf die Verwendung der sparsamen Kochliste hingewiesen. Um die Anschaffung einer solchen für die Mitglieder zu erleichtern, bauten wir aus zwei übereinandergelegten Küchen, in denen wir unsere Pflanzenbutter erhalten, eigenhändig mehrere recht gutgeglückte Kochlisten, die wir vollständig gebrauchsfertig für 1,20 % Unkosten abgeben konnten. — In den letzten Versammlungen sprach z. B. Krämer über die Heimarbeitverhältnisse während des Krieges im Thüringerwald; über diesen Vortrag wurde schon ein Sonderbericht gegeben.

Neusp. Gedanken einer Neueren Heimarbeiterin. An meine lieben Schwestern in Ost und West, in Süd und Nord! Ein Jahr Krieg haben wir hinter uns, und noch immer Arbeit, noch immer Brot, dank unserer vortrefflichen Organisationen. Diese Organisationen sind der Schrecken unserer Feinde und unsere Stärke. Lernen wir daraus auch, was unser Gewerbeverein für uns ist. Hätten wir ihn nicht gehabt, wer hätte sich vor Jahresfrist nur um uns gekümmert? Manche von

uns hätte in ihrem Kämmerlein gehungert und gedorbt. Über unsere Vorsitzenden, meist Frauen, die in der großen Welt bekannt sind, sorgten für uns wie Mütter. Viele von ihnen, wie es auch hier bei uns der Fall war, haben das ganze Jahr hindurch ihre Zeit und ihre Kraft dazu verwandt, für ihre Mitglieder Aufträge zu besorgen, damit immer wieder Arbeit zugeschnitten und verteilt werden konnte. Wie das vonnöten war, das beweist die große Zahl neuer Mitglieder, unter denen einige, die früher, wenn man sie aufforderte, doch in den Verband zu kommen, es unter ihrer Würde hielten, einer Organisation beizutreten. Nun — heute ist das alles anders — heute sind wir alle Schwestern, und ich hoffe, dieses Gefühl hält recht lange an, auch wenn der schwere Krieg vorbei und die Not der Zeit nicht mehr auf uns liegt. So hoffe ich, daß dauernd ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Teamarbeit uns verbinden wird, damit, wenn der Verband einmal wieder größere Anforderungen an uns stellt, sich die Mitgliederzahl nicht verringert, und auch fernerhin segensreiches Wirken uns alle verbinden möge. Das walte Gott!

Versammlungsanzeiger.

- Afflora.** 13. Sept., 11. Oktober, 8½ Uhr, Schuhmittelschule, Schauenburger Str. 59.
Berlin-Moabit. 27. Sept., 25. Oktober, 1/28 Uhr, Markthalle, Turmstraße.
Berlin-Nord. 8. Sept., 13. Oktober, 8 Uhr, Bernauer Str. 4, 2. Portal, pt.
Berlin-Nordost. 14. Sept., 12. Oktober, 1/28 Uhr, Schönhauser Allee 177, Quergebäude II.
Berlin-Ost. 13. Sept., 11. Oktober, 1/28 Uhr, Gr. Frankfurter Straße 11, Hof I.
Berlin-Süd. 7. Sept., 5. Oktober, 1/28 Uhr, Johannisthal 6, Eingang Brachbogestraße, gr. Saal.
Berlin-Südost. 20. Sept., 18. Oktober, 8 Uhr, Mantuuffelstraße 95, bei Ruth.
Berlin-Wedding. 20. Sept., 18. Oktober, 8 Uhr, bei Krause, Turiner Straße, Ecke Utrechter Straße.
Berlin-West. 13. Sept., 11. Oktober, 1/28 Uhr, Rollendorfstraße 41, Hof, Erdgeschoss.
Berlin-Wilmersdorf. 20. Sept., 18. Oktober, 1/28 Uhr, Villitor-Garten, Wilhelmsaue 115.
Biesfeld. 3. Sept., 8. Oktober, 8 Uhr, Blausteinstraße.
Breslau-Nord. 6. Sept., 4. Oktober, 8 Uhr, Basteigasse 7.
Breslau-Süd. 14. Sept., 12. Oktober, 8 Uhr, Herrenstraße 21/22.
Breslau-West. 21. Sept., 19. Oktober, 8 Uhr, Konfirmandenzimmer, St. Paulus-Kirche.
Bromberg. 13. Sept., 11. Oktober, 8 Uhr, Neue Volksschule am Hann.-von-Weberren-Platz.
Charlottenburg. 13. Sept., 11. Oktober, 8 Uhr, Jugendheim, Goethestraße 22.
Danzig. 13. Sept., 11. Oktober, 8 Uhr, Westpreuß. Gewerbehalle.
Darmstadt. 14. Sept., 12. Oktober, 8 Uhr, Waldfstr. 18.
Dresden. 15. Sept., 13. Oktober, 8 Uhr, Herberge zur Heimat, Dresden-Alstadt. 15. Sept., 20. Oktober, 8 Uhr, Annenstraße 40, Höhs.
Dresden-Borsigstadt. 7. Sept., 5. Oktober, 1/28 Uhr, Neustädter Löwenbräu, Königsbrüder Straße 17.
Dresden-Friedrich. 13. Sept., 11. Oktober, 8 Uhr, Concordienstr. 4.
Dresden-Striesen. 28. Sept., 26. Oktober, 8 Uhr, Wormser Str. 14, „Stadt Worms“.
Düsseldorf. 8. Sept., 13. Oktober, 8 Uhr, Paulushaus, Eingang Jahnstraße.
Görlitz. 21. Sept., 19. Oktober, 8 Uhr, Gewerbevereinshaus.
Großostheim. 6. und 20. Sept., 4. und 18. Oktober, 8 Uhr, Vereinshaus, Allerheiligenstraße 10.
Offenbach. 30. Sept., 28. Oktober, 8 Uhr, bei Selzener, Burgfeldstr. 2.
Frankfurt-Mitte. 7. Sept., 5. Oktober, 8 Uhr, „Wittenberger Hof“, Langenstraße 16, Höhs.
Frankfurt-West. 15. Sept., 20. Oktober, 8 Uhr, Hohenzollernplatz 33.
Frankfurt. 6. Sept., 4. Oktober, 8 Uhr, Landwirtschaftl. Winterschule.
Heilbronn. 6. Sept., 4. Oktober, 8 Uhr, Luisenheim, Ottostraße 5, Rückgebäude.
W.-Gladbach. 7. Sept., 5. Oktober, 8 Uhr, bei Neden, Ecke Bierener und Böttcherstraße.
Halle-Nord. 1. Sept., 6. Oktober, 8 Uhr, Albrechtstr. 27.
Halle-Süd. 6. Sept., 4. Oktober, 8 Uhr, Herberge zur Heimat, Mauerstr. 7.
Hamburg-Stadt. 21. Sept., 19. Oktober, 8 Uhr, Curio-Haus, Rotenbaum-Chaussee 15.

